

# Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1944 nach Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **19 (1944)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101655>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# WOHNUNGSNOT UND WOHNUNGSBAU

## Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1944 nach Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit

Im ersten Halbjahr 1944 sind in den erfaßten 382 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern insgesamt 3628 Neubauwohnungen erstellt worden. Diese Zahl übertrifft diejenige im entsprechenden Vorjahreszeitraum um 50,8 Prozent und liegt um 94,6 Prozent über dem im ersten Halbjahr 1941 erreichten Tiefstand. Andererseits ergibt sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 1939 noch eine Minderproduktion um 21,6 Prozent. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre erstreckt sich auf alle Ortsgrößenklassen, ist jedoch in den Landgemeinden stärker ausgeprägt als in den Städten. Der Anteil der Städte an der Gesamtproduktion ist infolgedessen von 72,2 Prozent im Vorjahre auf 65,8 Prozent zurückgegangen, während sich derjenige der Landgemeinden von 27,8 Prozent auf 34,2 Prozent erhöhte. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht die Zunahme des Anteils der auf Einfamilienhäuser entfallenden Wohnungen von 26,4 auf 32,9 Prozent. Der genossenschaftliche Wohnungsbau vereinigt im Berichtsjahre 26 Prozent der Gesamtzahl gegenüber 25,1 Prozent vor Jahresfrist. Der Anteil der mit öffentlicher Finanzbeihilfe erstellten Wohnungen hat sich von 31,3 Prozent auf 50,7 Prozent erhöht. Die Mehrproduktion gegenüber dem Vorjahr betrifft alle Wohnungsgrößenklassen mit Ausnahme der Ein- und Zweizimmerwohnungen, für welche der Zuwachs annähernd

dem letztjährigen entspricht. Auf Kleinwohnungen (mit ein bis drei Zimmern) entfallen 56,1 Prozent aller Neuerstellungen gegenüber 66,3 Prozent im Vorjahre.

Durch Umbauten sind im Berichtsjahre 395 Wohnungen entstanden gegenüber 517 in der Vergleichszeit des Vorjahres. Andererseits hat sich der Wohnungsabgang durch Abbrüche usw. von 77 auf 278 erhöht (von dieser letzteren Zahl entfallen 123 Wohnungen auf Schaffhausen). Der Reinzugang an Wohnungen beziffert sich demzufolge auf 3745 und übertrifft die Vorjahreszahl um 31,6 Prozent.

Die Zahl der im Berichtshalbjahre baubewilligten Wohnungen ist mit 5808 gegenüber dem Vorjahre um 39,1 Prozent gestiegen; sie übertrifft die entsprechenden Vergleichszahlen sämtlicher Jahre seit 1935 und beträgt nahezu das Dreifache des im ersten Halbjahr 1940 erreichten Tiefstandes. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre ist am ausgeprägtesten in den Großstädten, deren Anteil an der Gesamtzahl sich demzufolge von 44,1 auf 50,8 Prozent erhöhte. Besonders stark gestiegen ist die Zahl der genossenschaftlichen sowie der öffentliche Finanzbeihilfe genießenden Bauvorhaben, die 45 Prozent (Vorjahr 38,8 Prozent), beziehungsweise 64,1 Prozent (41,9 Prozent) der Gesamtzahl vereinigen.

## Schweizerischer Städteverband und Wohnungsbau

Am 23. und 24. September hielt in Winterthur der Schweizerische Städteverband seine diesjährige Tagung ab, an welcher 150 Repräsentanten unserer Städte teilnahmen. Als Haupttraktandum stand die *Förderung des Wohnungsbaues* auf der Tagesordnung. Am ersten Tage besichtigten die Teilnehmer die auf gemeinnütziger Grundlage erstellten Wohnkolonien der Stadt Winterthur, während am zweiten Tage die ganze heutige Problematik der Wohnbauförderung dargelegt wurde. Nach Referaten vom Chef der Eidgenössischen Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung, *Oberst Vifian* (Bern), Stadtrat *J. Peter* (Zürich) und Stadtpräsident *Béguin* (Neuenburg) und gewalteter Diskussion wurde einstimmig folgende Diskussion gutgeheißen:

1. Die scharfe Wohnungsnot in vielen Gemeinden und der Mangel an Neubauwohnungen zu allgemein erschwinglichen Preisen erfordert unabhängig von der Arbeitsbeschaffung eine aktive Wohnbaupolitik der Behörden zur Erstellung der unmittelbar notwendigen Wohnungen.

2. Der Bundesrat wird deshalb dringend ersucht, die er-

forderlichen Kredite zur Milderung der Wohnungsnot weiterhin zu gewähren und für die von Kanton und Gemeinde befürworteten Wohnbauprojekte die Bundessubventionen mindestens im bisherigen Umfang zuzusichern und die notwendigen Materialien ohne Verzögerung zuzuteilen.

3. Der Schweizerische Städteverband erwartet, daß im Rahmen der Arbeitsbeschaffung in der Kriegskrisenzeit die Wiederherstellung eines normalen Leerwohnungsvorrates vom Bund mit erhöhten Beiträgen gefördert wird. Dabei sind nach dem Maße der Auflockerung der Bebauung abgestufte Beiträge in Aussicht zu nehmen, wodurch sowohl notwendige billige Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern, als auch Stadtrand-Einfamilienhaus-Siedlungen für Familien mit Kindern zu bescheidenen Mietzinsen ermöglicht werden.

4. Die erwünschte weiträumige Besiedlung wird in den Städten durch die hohen Bodenpreise außerordentlich erschwert. Der Städteverband hält dafür, daß Maßnahmen zur Verhinderung ungerechtfertigter Gewinne auf Grundstücken, die als Bauland verkauft werden, getroffen werden müssen.

## Die voraussichtlichen Bezugstermine der am 1. Oktober 1944 in Basel im Bau befindlichen Wohnungen

Nach dem Ratschlag betreffend Fortsetzung der Wohnungsbauaktion vom 6. Oktober 1944 gestatteten die zur Förderung des Wohnungsbaues bis zu diesem Zeitpunkt bewilligten Kredite die Subventionierung von 1278 Wohnungen. Bis zum September 1944 wurden 359 dieser insgesamt 1278 Wohnungen fertiggestellt; rund 880 Wohnungen waren am 1. Oktober 1944 im Bau befindlich und die rund 40 restlichen

Wohnungen waren zwar baubewilligt, doch war mit deren Bau noch nicht begonnen.

Zur Beurteilung der Entwicklung des Wohnungsmarktes in den nächsten Monaten ist es von besonderem Interesse, festzustellen, welches die voraussichtlichen Bezugstermine sämtlicher am 1. Oktober 1944 im Bau befindlichen Neubauwohnungen sind und wie sich diese Wohnungen auf einzelne